

# GRÜN.kulturell

Politik trifft Kultur: ANALYSEN, IDEEN, KONZEPTE

Fachgespräch Mittwoch 2.9.2015 von 18.00-20.00 Uhr

## zum geplanten Neubau des Museums der Moderne (M20); Geschenk mit Folgen – Der Wettbewerb

Kontroverse Fragen brauchen andere Antworten

1. Paradox: Offener städtebaulicher Ideenwettbewerb aber mit vorgegebenen Grundstück? Wem nützt das? Wer verantwortet dann das städtebauliche Gesamtkonzept?
2. Welche Kosten und Konsequenzen müssten Bund, Berlin und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz durch die Fokussierung auf den Standort Potsdamer Straße tragen?
3. Was spricht für, was gegen eine öffentlich-private Partnerschaft bei einem solch herausragenden Kulturprojekt?

**\_Notker Schweikhardt** MdA, Sprecher für Kultur- und Kreativwirtschaft  
**\_Anja Hajduk** MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Haushaltsausschuss (B 90/GRÜNE) im Gespräch mit ExpertInnen:  
**\_Prof. Hans Stimmann** Berlin **\_Christine Edmaier** Präsidentin Architektenkammer Berlin  
**\_Johannes Stumpf** (Architektenkammer, Ausschuss für Wettbewerb und Vergabe) **\_Bernhard Schneider** Stiftung Zukunft Berlin  
**\_Martin Reents** Sprecher LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung, B90/GRÜNE **\_Wolfram Putz** GRAFT Architekten  
**\_Heinz Jirout** Architekt **\_Andreas Rieger** Architekt  
**\_Jana Blöcker** Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Anja Hajduk, MdB  
**\_Hannes Krapp** Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Chris Kühn, MdB, Sprecher Bauen/Wohnen **\_Brigitte Werneburg** taz **\_Uta Kaspari** Architekturjournalistin Moderation/Text: **\_Uta Belkies** GRÜN.kulturell

18

## 1.a) Paradox: Offener städtebaulicher Ideenwettbewerb aber mit vorgegebenem Grundstück?

\_\_Eigentlich gibt es bei einem Ideenwettbewerb keine Vorgaben. Diese Art des städtebaulichen Verfahrens mit einem einzig präferierten Standort (Potsdamer Straße) ist daher ein Widerspruch an sich. Insofern müssen auch Einsendungen berücksichtigt werden, die andere Standorte betrachten. Ob solche Einsendungen gewinnen können, hängt von der **Haltung der Jury** ab. \_\_Teilnehmende können diesbezüglich anonymisiert Rückfragen stellen, die öffentlich beantwortet werden müssen. \_\_Die Jury besteht zur Mehrheit aus Fachleuten und diese sind souverän. Sie müssen sich also nicht zwangsweise dem Auslober beugen. Die Jury könnte hier unabhängig entscheiden. Dafür ist ein transparentes Verfahren sehr hilfreich. \_\_Im 19. Jahrhundert waren Wettbewerbe ohnehin öffentlicher wirksam, weil alle Einreichungen vor der Jurierung ausgestellt wurden. Das bietet sich bei einem solch herausragenden Wettbewerb an, wäre attraktiv für BürgerInnen und Einreicher gleichermaßen und laut Wettbewerbsordnung auch zulässig.

\_\_Bei einem Ideenwettbewerb muss es um die Inhalte gehen, sonst ist er eine Farce. \_\_Die Architektenkammer ist nach der Wettbewerbsordnung verpflichtet, jeden Wettbewerb zu registrieren; solange kein Verstoß vorliegt. Sie kann hier also nicht NICHT registrieren. Sie darf auch nicht inhaltlich reagieren, hat jedoch den Schriftwechsel zwischen Kammer und Auslober mit allen bestehenden Bedenken den VertreterInnen des Preisgerichts zur Verfügung gestellt. \_\_Die Ungewissheit der **Entscheidungskriterien** stellt für Teilnehmende ein großes Risiko dar. Architekturbüros setzen sich selten so stark über Vorgaben eines Auslobers hinweg > Die Analyse von Chancen und Risiken gebietet unternehmerische Vorsicht.

\_\_Erschwerend kommt im **Verfahren** hinzu, dass in der ersten Stufe kein Preis priorisiert wird. Nur zehn bis zwanzig Büros werden für die zweite Stufe des Verfahrens zugelassen, bei dem sie dann gemeinsam mit gesetzten Büros und weiteren geladenen Teams konkurrieren. Das bedeutet, dass die gesetzten Büros in der ersten Runde ohnehin nicht teilnehmen. Wettbewerber der ersten Runde befürchten, so nur „Beifang“ zu sein und als Alibi für einen vermeintlich offenen Wettbewerb herzuhalten – während die eigentlich vom Auslober gewünschten „Markenarchitekten“ bereits ausgewählt sind. >> Anders als in Helsinki (Guggenheim) gibt es somit berechtigte Angst, dass nicht genug bedeutende Büros teil-

nehmen werden, obwohl das Kulturforum derzeit eines der wichtigsten Kulturbauprojekte der Welt ist. Mit magerer Beteiligung wäre die Ausschreibung ein Armutszeugnis. Es bleibt abzuwarten, ob ähnlich wie in Helsinki mit 1 715 WettbewerbsteilnehmerInnen wirklich die gesamte Breite der Architektenlandschaft mobilisiert werden kann oder ob nur eine kleine Anzahl Teams bereit ist, den immensen Aufwand zu investieren. Ein zweistufiger Wettbewerb, an dem sich alle Büros von Anfang an beteiligen müssen, würde wahrscheinlich zu einer breiteren Teilnahme und damit mehr Ideen und Entwürfen führen. Noch dazu hätte so der letztlich zu bauende Entwurf einen wesentlich längeren Vorlauf (sollte er von einem der gesetzten oder der zugelassenen Teilnehmenden kommen). Die jetzt gewählte Wettbewerbsform produziert folglich zeitliche Risiken und eine geringere Auswahl. Es wurde kontrovers diskutiert, in wieweit es Sinn ergibt, einen zweiten Wettbewerb parallel auszurufen Derzeit gibt es augenscheinlich keine Möglichkeit, das Prozedere zu stoppen. >> **Aber wenn eine ausreichend große Öffentlichkeit die Souveränität der Juryentscheidung in städtebaulicher Hinsicht unterstützt, gäbe es zumindest eine Hoffnung auf Gestaltungsspielraum!**

## 1.b) Wem nützt die Einschränkung?

Niemandem. – Es gibt ein **Konzept „Kulturbaustelle“** der Stiftung Zukunft Berlin: Es ist ein Denkfehler, dass mit dem eingeschränkten Wettbewerb nicht das Kulturforum zum Thema gemacht wird sondern ein Gebäude. Es ist zu erwarten, dass der Bau (größer als der Martin-Gropius-Bau) nicht die notwendige Lösung vor Ort bringen wird sondern im Gegenteil das städtebauliche Problem verschärft: die Introvertiertheit vorhandener Institutionen, die sich für eine Öffentlichkeit nur innerhalb ihrer Häuser interessieren sollten ein Warnsignal sein. Man könnte die Bauzeit nutzen, ein wirkliches KULTURforum zu schaffen auf Basis kuratorischer Bemühungen u.a. sollte man alle Kulturinstitutionen vor Ort einbinden (ibero-amerikanisches Kulturinstitut, kanadische Botschaft, Staatsbibliothek, Philharmonie...) Auch Öffnungszeiten und andere urbane Aspekte sollten man überdenken Eine integrierte Informationsstelle für Besucher wäre dazu hilfreich >> **Durch eine vorab eingegengte städtebauliche Themenstellung werden die künftigen Möglichkeiten des Kulturforums in jeder Hinsicht beschränkt.**

\_Zu welchem Zweck sind **wichtige Akteure** – die sich zuvor für einen Standort Sigismundstraße bzw. für einen offenen Wettbewerb geäußert haben (siehe Gutachten des Bundesamtes für Bauen und Raumordnung (BBR), Positionierung Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) in 2013 und Haltung des Haushaltsausschusses des Bundestages vor der Abstimmung) – scheinbar auf den Wunsch vom BKM „eingenordet“ worden?

\_Die angebliche **Präferenz der Sammler** für die Potsdamer Straße ist zu hinterfragen > Sammler sind Kulturakteure und bestimmt für die beste Lösung für Berlin zu begeistern. \_Die mögliche Angst der Sammler vor einem längeren Bauprozess ist sicher durch die bisher sehr zögerliche Haltung von Senat und Bund zu erklären, wird jedoch gerade durch die Fokussierung auf die Potsdamer Straße eher real, da hier im Gegensatz zur Sigismundstraße der Bebauungsplan geändert und Grundstücke gekauft bzw. getauscht werden müssten, keine Baufreiheit herrscht (Stromtrasse verhindert den gewünschten Tunnel und muss sehr aufwändig und teuer verschwenkt werden – was möglicherweise Jahrzehnte dauern wird) etc.pp. (siehe diverse Gutachten) > **Das Baufeld Sigismundstraße wäre sofort und günstiger zu bebauen.** \_Als Adresse kann die Sigismundstraße bei einem hochwertigen Gesamtkonzept sogar attraktiver sein als ein Standort an der viel befahrenen Potsdamer Straße. Womöglich befände sich der Eingang des Baues an der Potsdamer sogar auf Seiten des Matthäikirchplatzes. \_Dem Ruf der Sammler kann die momentane Einengung sehr schaden, da sie sich mit ihren in dieser Hinsicht vermeintlichen Partikularinteressen über die langfristigen Interessen Berlins hinwegzusetzen scheinen und eine Gemeinwohlorientierung behindern. \_Planen die Sammler wirklich, ihre Schenkung (und wohin?) abzuziehen, wenn Berlin aus städtebaulicher Sicht für einen geeigneteren Standort votiert?

\_Die Begründung, dass man an der Potsdamer Straße mehr **Bruttogeschossfläche** hätte, ist nicht hinreichend. **A** \_könnte man die ohnehin separaten Sammlungen z.B. auch separat zeigen, also an mehreren Standorten. Ob und in welchem Umfang die SPK organisatorischen Mehraufwand hätte, bleibt zu prüfen und abzuwägen. **B** \_Man könnte an der Sigismundstraße höher bauen, da die Sichtachse Nationalgalerie-Philharmonie nicht gefährdet wäre. (Zumal die bauliche Verbindung zur Nationalgalerie hier viel günstiger und sofort herzustellen ist.) Und **C** \_hängt ein „quantitatives“ Ausstellungskonzept nicht allein von der Grundfläche ab.

**Der Entwicklung des Kulturforums nützt eine Einschränkung nicht. Den staatlichen Museen als Hauptakteur (75% der Fläche) nützt der Standort Potsdamer Straße in vielerlei Hinsicht ebenso nicht (siehe diverse Gutachten). Dass er den Sammlern (25% Fläche) wirklich nützt, ist eher unwahrscheinlich.**

## 1.c) Wer verantwortet das städtebauliche Gesamtkonzept?

\_\_Das **ursprüngliche B-Plan Verfahren** beruht auf dem Masterplan bzw. dem Beschluss des Abgeordnetenhauses von 2005. Bei diesem ist der Standort Potsdamer Straße als Grünraum vorgesehen. Monika Grütters hat mit Ihrem Vorgehen gegen den Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus Berlin entschieden. Es kam bisher erstaunlicher Weise kein Protest von Berliner Seite? \_\_Aber Senat und Berliner Exekutive unterwerfen sich ohne Not den fragwürdigen Wünschen der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Wozu? \_\_Um Zeit zu sparen, läuft das B-Plan Verfahren parallel zum städtebaulichen Wettbewerb, was dessen Bedeutung weiter erheblich einschränkt. (Unklar bleibt, ob und wann ein Aufstellungsbeschluss für das reduzierte B-Plan Verfahren gefasst wurde.) \_\_Es gibt dazu eine öffentliche Informationsveranstaltung. Allerdings sind in der Regel die Unterlagen sehr abstrakt und nur für Fachleute verständlich.

\_\_Es gibt schon sehr lange und mit allen abgestimmte stadt- und verkehrsplanerische Überlegungen, die Potsdamer Straße langfristig zu verkleinern, maßgeblich zu beruhigen und damit der **Idee eines Kulturforums zu dienen, bei dem die Kulturbauten als Ring um eine offenes, grün-urbanes Zentrum angeordnet sind.** Diese Option einer zentralen Erschließung aller Gebäude – auch der Staatsbibliothek, wird mit dem Beharren des BKM für Generationen verbaut. \_\_Das ursprüngliche Bbauungsverfahren umfasst das gesamte Kulturforum. Mit dem eingeschränkten Wettbewerbsverfahren maßt sich der Auslober einen Ansatz an, mit dem die Problemlage nicht bewältigt werden kann und schlimmer – eine ganzheitliche Lösung blockiert wird. \_\_ In der Öffentlichen Anhörung im Haushaltsausschuss (HHA) des Bundestages am 2.2.2015 haben die Haushälter im Sinne eines offenen Verfahrens für qualitativ bestmögliche Ergebnissen darauf gedrungen, dass Berlin seine Planungshoheit wahrnimmt und nicht nur die Potsdamer Straße als Baufeld benennt – auch wenn es eigentlich nicht Aufgabe des HHA ist, sich für die Berliner Stadtplanung zu engagieren.

**\_Mangels öffentlicher Vorstellung der Ideenwettbewerbseinsendungen vor der Jurierung, entgeht der Jury die Chance, ein öffentliches Meinungsbild abzufragen.** Erst wenn das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen ist, dürfen die BürgerInnen die Ergebnisse sehen und können etwas dazu sagen. Auch hier schlummert ein gewaltiges Risiko, da die öffentliche Meinung in Berlin sehr große Energien freisetzen kann (siehe Tempelhofer Feld).

**\_Was fordern Bündnis 90/Die Grünen?** > Das bestmögliche Museum UND einen wirklich offenen städtebaulichen Wettbewerb, der das gesamte Areal des Kulturforums gestaltet, mit Transparenz im Verfahren und ehrlicher Chance für eine frühzeitige, relevante Bürgerbeteiligung. \_Politiker sollen den Prozess natürlich nur begleiten und nicht bestimmen. Dafür sind Fachleute da. \_Grüne wollen einen Wettbewerb, der sich an öffentlichen Prozessen wie sie in der Schweiz und in Skandinavien üblich sind orientiert. Also mit einer Ausstellung aller Einsendungen vor der Jurierung sowie öffentlichen Jurysitzungen. \_Im Moment gehören die Sammlungen zu 75% und bald zu 100% allen Berlinerinnen und Berlinern. Die Bevölkerung trägt über Steuern und Abgaben die vollen Kosten nicht nur für den Bau sondern auch für den künftigen Unterhalt – also sollte nicht über sie hinweg entschieden werden. Es ist ein Bau für Generationen, da sollte nicht gemauschelt, gehetzt und gefuscht, sondern transparent, ruhig und gut geplant werden.

**Berlin muss seine stadtplanerische Verantwortung wahrnehmen und seine Möglichkeiten im Sinne des Gemeinwohls ausschöpfen!**

2.) Welche Risiken, Kosten und Konsequenzen müssten Bund, Berlin und die Stiftung Preussischer Kulturbesitz durch die Fokussierung auf den Standort Potsdamer Straße verantworten?

**Beim Grundstück Sigismundstraße entstehen vor Baubeginn weder Kosten noch zeitlicher Aufwand** für die Klärung von Eigentumsverhältnissen, für die Änderung des Bebauungsplanes oder für die Schaffung von Baufreiheit z.B. im Untergrund.

**An der Potsdamer Straße fallen diverser zeitlicher Mehraufwand und zusätzliche Kosten an!**

Es müsste das Grundstück **Matthäikirche** für fast zwei Millionen Euro erworben werden. Das **Grundstück des privaten Inhabers** müsste getauscht werden. Sein jetziges ist im Bebauungsplan als Grünfläche ausgewiesen, das neue an der Tiergartenstraße wäre mit Baurecht zu versehen. Ihm wird offenbar ein wertvolles Vorhaltegrundstück der staatlichen Museen mit gebietsfremden und übermäßigem Baurecht überlassen werden. Welche Gegenleistung für diese Wertsteigerung entgeht dem Land? Warum wurde seinerzeit das Grundstück überhaupt vom Senat an den Investor abgegeben? Ist öffentliches Eigentum an solch renommierter Stelle nicht ein Schatz, wie wir jetzt sehen?

Der **Bebauungsplan** muss für die Potsdamer geändert werden mit hohem zeitlichen Aufwand und hohen Kosten. Für 2015 **von der EU bewilligte Gelder für die Freiraumgestaltung** können möglicherweise nicht mehr vollständig genutzt werden, da ein Großteil der bezuschussten Maßnahmen im Baufeld Potsdamer Straße liegen und so nicht mehr durchgeführt werden können, zumindest nicht mehr im Förderzeitraum 2015. Wahrscheinlich müsste Geld zurückgezahlt werden.

An der Tiergartenstraße ist eine **Erweiterungsfläche für die SPK** vorgesehen. Auch wenn das künftige „Block“-Grundstück die momentane Konzeption angeblich nicht berührt, werden mögliche Optionen für spätere Planungen folgender Generationen unnötig beschnitten. Die vom Investor offenbar als Hotel gewünschte Nutzung entspricht nicht dem Baurecht an der Tiergartenstraße. Auch hier ist mit großem öffentlichen Protest – und damit Verzögerungen – zu rechnen.

Unter der Sigismundstraße verläuft eine **Starkstromtrasse**, die im Rahmen eines Museumsbaus allein aus Kostengründen nicht verlegt werden kann. Die unabhängig davon geplante Verlegung findet ggf. erst in zwanzig Jahren statt.

Wie passt das alles zur Logik, dass man gerade an der Potsdamer Straße schneller bauen will? – Insgesamt fallen hier viele Millionen Euro an zusätzlichen Kosten an. Es gibt einen zeitlichen Mehraufwand für Planungsleistungen. Es wird unnötig Grünland in Bauland umgewidmet. Die Wertsteigerung an der Tiergartenstraße entgeht dem Land. Künftige Gestaltungsoptionen für die SPK werden beschnitten. Der Baugrund ist ungeeigneter. **????**

### 3.) Was spricht bei einem solch herausragenden Kulturbauprojekt für, was gegen eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP)?

Eine Entscheidung für oder gegen ÖPP ist angeblich noch nicht gefallen sondern wird geprüft. Trotzdem votiert Monika Grütters schon öffentlich dafür. Wieso? Ihre Argumentation ist immer noch, die rascheste Lösung zu nutzen, auch wenn es von Seiten der SPK und in aktuellen Unterlagen heißt, die wirtschaftlichste Lösung ist nötig. Damit ist eine angeblich unabhängige Prüfung weniger glaubwürdig. \_Zumal die mit dieser Aufgabe beauftragte ÖPP-Deutschland AG als von der Bundesregierung unter der Federführung des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) und des BM für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUNBR) gegründete Unternehmen nicht völlig unabhängig erscheint. \_Nach eigener Aussage wurde das ÖPP-Verfahren angedacht, als ursprünglich eine private Vorfinanzierung durch die Sammler angestrebt war. Das ist durch die Bereitstellung der Mittel durch das BKM jedoch nicht mehr nötig.

\_Man möchte nun ÖPP wählen, um lange Vergabeverfahren durch die öffentliche Hand mittels des BBR zu umgehen. Es ist aber keinesfalls sicher, dass ein ÖPP-Projekt Zeitvorteile bringt. Studien belegen, dass zwischen ÖPP und einem schnelleren Verfahren kein kausaler Zusammenhang bestehen muss. Zum Großteil bleiben BBR-Projekte im Kosten- und Zeitrahmen, nur die Ausnahmen erzeugen Skandale. Es gibt genauso große ÖPP-Projekte, die nicht im Etat blieben. **„Eine ÖPP ohne Finanzierungsnot widerspricht dem gesellschaftlichen Anliegen, gerade solch herausragenden Projekte transparent und mit großer Beteiligung zu gestalten.“** > Soll hier elegant Vergaberecht umgangen werden? \_Birgt das nicht ein weiteres Prozessrisiko? Drohen weitere Verzögerungen, wenn private Unternehmer während des Bauprozesses ausfallen (wie etwa beim Flughafen BER und der Staatsoper)? Leidet die spätere Qualität unter dem Kosten- und Zeitdruck?

\_Die **Preise der Jury** für städtebauliche und architektonische Lösungen sollten nicht mit den Kostenvorstellungen und Möglichkeiten privater Unternehmer im Ergebnis des Realisierungswettbewerbes vermischt werden – und auch nicht gekoppelt sein an eine Zusammenarbeit mit zukünftig bauenden Unternehmen. > Sonst gefährdet man die Qualität während des ganzen Prozesses und ArchitektInnen haben wesentlich weniger tiefgreifende Möglichkeiten.



## Fazit

- Ein Museumsneubau eingebettet in eine großräumige Planung für das gesamte Kulturforum wäre eine großartige Chance – wie es einem so herausragenden Kulturprojekt entspricht – wie ursprünglich auch vom Souverän und Geldgeber intendiert.
- Eine konstruktive und respektvolle Zusammenarbeit mit den Sammlern und allen Beteiligten im Sinne einer aufregenden, lebendigen, hochwertigen, funktionalen Stadtplanung ist deshalb absolut wünschenswert.
- Eine kuratorische Klammer für das Zusammenspiel aller Akteure vor Ort wäre eigentlich Voraussetzung für einen städtebaulichen Wettbewerb.
- Gemäß der Logik eines Ideenwettbewerbs sollte die Jury frei und souverän entscheiden. Das verdient Anerkennung und den nötigen, öffentlichen Rückhalt – unabhängig von persönlichen Standortwünschen.
- Ein offener, zweistufiger Ideentbewerb mit einer starken städtebaulichen Komponente, wäre fair und würde mehr Qualität bringen. Er sollte möglichst transparent sein. Alle Wettbewerbsergebnisse sind vor der Jurierung auszustellen, möglicherweise wären sogar Jurysitzungen offen zu gestalten. (Prüfung läuft diesbezüglich innerhalb der Architektenkammer)
- Der Realisierungswettbewerb ist entweder als Teil eines zweistufigen Verfahrens durchzuführen oder so getrennt zu organisieren, dass auch er allen Transparenz- und Beteiligungswünschen entspricht.
- Eine Bürgerbeteiligung sollte in den Ideenwettbewerbsprozess integriert werden und dessen Ergebnisse einbeziehen. Die Beteiligung ist verständlich, ausführlich und anschaulich zu gestalten und als Grundlage für den Realisierungswettbewerb zu nutzen.
- Das Bauvorhaben sollte im Sinne der Sammler und der Allgemeinheit möglichst zügig realisiert werden, Mehrkosten sind zu vermeiden. Das Grundstück Potsdamer Straße scheint dafür ungeeignet. Der Standort Sigismundstraße scheint schneller und kostengünstiger realisierbar.
- Auch eine Entscheidung für oder gegen eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) ist von unabhängiger Seite zu prüfen.

Berlin, 9.9.2015